

2327/J XXI.GP  
Eingelangt am:04.04.2001

## ANFRAGE

der Abgeordneten Hagenhofer und Genossinnen  
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit  
**betreffend die Umstellung auf den Euro**  
(die Anfrage ergeht gleichlautend an den Bundesminister für Finanzen)

Die Währungsumstellung auf den Euro mit 1.1.2002 wirft eine Reihe von offenen Fragen auf. Diese betreffen zwei Ebenen: Erstens, mögliche negative Konsequenzen für Konsumentinnen und zweitens, Schwierigkeiten bei der technischen Durchführung. Die Euro - Umstellung - und für Konsumentinnen wird dies das weit gravierendste Problem darstellen - nährt berechtigte Sorgen betreffend möglicher Preiserhöhungen. Diese könnten aus Aufrundungen bei der Umrechnung von Schillingen in Euro resultieren und in ein völlig neues Preisgefüge in Einzelhandelsläden und gastronomischen Betrieben münden. Aber auch Preiserhöhungen knapp vor der eigentlichen Umstellung, um anschließend auf die gewünschte Euro - Summe zu kommen, sind vorstellbar. Bisher ist auch die Sicherung einer fairen und gerechten Euro - Umstellung im öffentlichen Bereich ungelöst. Andererseits ist bei der Euro -Umstellung mit technischen Durchführungsproblemen zu rechnen. Exemplarisch zu nennen wären unter anderem: Warteschlangen und Unmengen von Schilling - Banknoten bei den Kassierinnen im Supermarkt, Menschen ohne Kleingeld und EC - Automaten, die kein Geld ausspucken. Die bisherige Informationspolitik der österreichischen Regierung ist völlig unzureichend, sodass die Bevölkerung verunsichert der Umstellung entgegen sieht.

**Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende**

### Anfrage:

1. Welche Maßnahmen hat die Regierung bzw. Ihr Ressort ergriffen, um eine faire und gerechte Euro - Umstellung im öffentlichen Bereich zu gewährleisten?
2. Welche Maßnahmen sind noch geplant?

3. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um die Euro - Umstellung gerade in den Gebietskörperschaften transparent, klar und ohne Nachteile für die KonsumentInnen zu regeln?
4. Sind weitere diesbezügliche Maßnahmen geplant?
5. Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
6. Wird es eine diesbezügliche Nachjustierung des Entwurfs zum 2. Euro - Begleitgesetz geben?
7. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um Preissteigerungen für KonsumentInnen resultierend aus Rundungen der Euro - Beträge zu verhindern?
8. Sehen Sie die Gefahr, dass Firmen bereits vor der Euro - Umstellung Preiserhöhungen durchführen, um dann mit der Umstellung die gewünschten Euro - Beträge zu erhalten?
9. Wenn ja, welche Maßnahmen sind geplant, um dem entgegen zu wirken?
10. Die Gefahr des Preisanstieges besteht angesichts des hohen Werts des Umrechnungsfaktors (1 Euro = 13,7603 ATS) insbesondere bei kleinen Preisen, bei Schwellenpreisen (z.B. 9,90 etc.) und bei Tarifen (z.B. bei Grundpreisen für Strom, Gas usw.): Welche Maßnahmen zum Schutz der VerbraucherInnen sind in diesem Bereich vorgesehen?
11. Wenn nein, warum nicht?
12. Welche gesetzlichen Regelungen zur Preiskontrolle sind vorgesehen?
13. Es ist vorgesehen, dass AK und VKI begleitende Preiskontrollen durchführen und eventuelle Missstände aufzeigen sollen: Sind diesbezügliche Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen?
14. Wenn ja, welche?
15. Wenn nein, warum nicht bzw. welche Alternativen werden von der Regierung vorgeschlagen?
16. Die duale Phase, d.h., die Zeit in der mit beiden Währungen gezahlt werden kann, ist relativ kurz anberaumt: vom 1.1.2002 bis zum 28.2.2002. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um VerbraucherInnen die Gewöhnung an die exakte Währungsrelation zu erleichtern?
17. Sind angesichts der kurzen dualen Phase Maßnahmen vorgesehen, um Probleme im Bereich der Umstellung von Münzautomaten zu verhindern?
18. Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?